

Die Vertreter:innen der Allianz Soziale Klimapolitik im Wortlaut:

Gerald Schöpfer, Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes:

„Unsere 80.000 Freiwilligen sind unverzichtbarer Teil des Zivilschutzes und im Katastrophenfall für alle Menschen in Not da. Doch wie lange können wir noch auf dieses System zählen, wenn belastende Einsätze weiter zunehmen? Denn die Klimakatastrophe ist längst Realität, und sie bedroht nicht die Erde, sondern uns Menschen. Umgekehrt gilt, das wissen wir als Einsatzorganisation bestens: Prävention und Information retten Leben! Deshalb fordern wir: Hitze als tödliche Gefahr endlich ernst nehmen und in Public Health investieren; den Katastrophenschutz modernisieren, etwa mit wirksamen Frühwarnsystemen und Aufklärungskampagnen; lokale Einsatzstrukturen gezielt fördern und damit die bewährte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Einsatzorganisationen stärken. In Krisenvorsorge und Katastrophenschutz zu investieren, ist immer wirksamer und billiger, als Schäden nachher zu reparieren. Wer hier spart, spart auf Kosten von Menschenleben.“

“Um Energiearmut wirksam bekämpfen zu können, braucht es einen klaren verbindlichen Rechtsrahmen, wie thermische Sanierung und Heizkesseltausch für alle Österreicher:innen umgesetzt werden können. Weiters braucht es den Abbau umweltschädlicher Subventionen, damit wir budgetäre Spielräume für soziale Klimapolitik schaffen. Auch in Zeiten knapper Budgets ist eine aktive Klimaschutzpolitik möglich und notwendig!“, so **Alexandra Strickner, Geschäftsführerin von GLOBAL 2000.**

„Damit niemand zwischen Heizen und Essen wählen muss, braucht es jetzt wirksame Entlastung. Den geplanten Sozialtarif für Strom begrüßen wir sehr. Wichtig ist aber, dass hier auch Bezieher*innen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe eingeschlossen werden und dass das Gesetz nun rasch umgesetzt wird. Und: Wir dürfen die Chance des EU-Klimasozialfonds nicht verpassen. Nur mit einem nationalen Klima-Sozialplan können zusätzliche Entlastungsmaßnahmen umgesetzt werden - für jene Menschen, die wenig haben und die CO2 Bepreisung am stärksten spüren. So verbinden wir wirksamen Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit. Denn Klimasoziale Politik bedeutet, Armut zu bekämpfen und den ökologischen Umbau voranzubringen – im kommenden Winter ebenso wie für kommende Generationen“, so **Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich.**

“Wer wenig hat und jetzt schon viel im Alltag tragen muss, kann nicht noch mit weiteren Lasten bedrückt werden. Aus den Beratungsstellen weiss ich: Tausende sind nahe am Zusammenbruch. Sie brauchen Entlastung. Zum Beispiel mit günstiger Energie und leistbarem wie gesundem Wohnen. Teuerung und Armut gleichzeitig bekämpfen, dabei unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen - alles drei ist möglich“, so **Martin Schenk, Sozialexperte Diakonie und Mitbegründer Armutskonferenz.**

„Klimapolitik darf nicht zur Verschärfung von sozialer Ungleichheit führen. Umso wichtiger ist es, die Lebensrealitäten von Menschen mit geringen Einkommen in der Klimapolitik zu berücksichtigen und Armutsbetroffene in die Gestaltung klimasozialer Maßnahmen mit einzubeziehen“, so **Judith Ranftler, Geschäftsführerin Volkshilfe Österreich**

„Trotz aller budgetären Herausforderungen muss die zentrale Frage der Bildungspolitik heute lauten: Wie bereiten wir die nächste Generation auf eine von Wandel und Krisen geprägte Zukunft vor? Es braucht dafür ein Bildungssystem, das junge Menschen dazu befähigt, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Dazu lässt die Bundesregierung bislang die inhaltliche Tiefe und eine klare Strategie vermissen. Anstelle von wohlklingenden Bekenntnissen brauchen wir eine verbindliche Verankerung von konkreten Konzepten wie Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in allen Fächern und Schultypen“, sagt **Südwind-Geschäftsführer Konrad Rehling**.